

## Kurz berichtet

Kulturdezernent Thomas Schmitt hat den Stadtrat darüber informiert, dass einem neuen Gutachten zufolge die geplante Theatersanierung etwa 49 Millionen Euro kosten werde. Hinzu kommen allerdings noch Ausgaben für Planung, Architekturbüro, Tufa-Anbau, Orchesterprobenräume und Außenanlagen. Einschließlich der während der mehrjährigen Bauphase zu erwartenden Preissteigerungen im Baugewerbe

ist daher mit einer Gesamtsumme von 70 Millionen plus x zu rechnen. In einer Stadt, deren Schulden sich bald einer Milliarde nähern, sind solche Haushaltsbelastungen nicht zu verantworten. Wir als AfD-Fraktion werden daher die jetzt vorgelegten Pläne definitiv nicht mittragen. Sollte es dabei bleiben, behalten wir uns vor, einen Bürgerentscheid über dieses Projekt im Stadtrat zu beantragen.

**Theatersanierung für mehr als 70 Millionen Euro?**

### **AfD-Fraktion erwägt Antrag auf Bürgerentscheid!**



Anfang 2017 wurde die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber in Trier eingeführt. Damit sollten, so die Befürworter, nicht nur angebliche Diskriminierungen beim Zugang zu Gesundheitsleistungen beendet, sondern auch Kosten eingespart werden. Wir haben dem bereits damals widersprochen und davor gewarnt, dass hier erhebliche Mehrbelastungen auf die Stadt zukommen dürften.

### **Elektronische Gesundheitskarte Befürchtungen bestätigt!**

Die jetzt vorliegenden Zahlen betätigen die Richtigkeit dieser Befürchtung: Während über die Behandlungskosten noch keine zuverlässigen Aussagen vorliegen, sind die Verwaltungskosten in zwei Jahren um über 70.000 Euro gestiegen. Wir werden die Entwicklung weiter beobachten und gegebenenfalls die Abschaffung der Karte beantragen.

Wie eine Anfrage der AfD-Fraktion im August ergab, ist der Baumbestand in der Stadt seit 2010 drastisch zurückgegangen. 5852 gefälltten Bäumen standen lediglich 2277 Neuanpflanzungen gegenüber. Für unser Stadtklima ist das eine beunruhigende Nachricht. Denn gerade in heißen Sommern

### **Anfrage der AfD-Fraktion alarmiert: Baumbestand nimmt ab!**

wie zuletzt spenden Bäume nicht nur Schatten, sondern sorgen auch für einen angenehmen Kühleffekt. Wir fordern daher die Stadtverwaltung auf, dem fortschreitenden Verlust an Bäumen durch verstärkte Neuanpflanzungen entgegenzuwirken.



Kommt er oder kommt er nicht? Für viele Trierer ist die geplante Neuansiedlung eines Globus-Marktes in Euren im Moment das zentrale Thema. Trotz aller Bedenken, die wir durchaus sehen, stehen wir dem Projekt positiv gegenüber. Denn sollte sich der Stadtrat gegen diesen Markt entscheiden, würde er sich im nahen Umfeld der Stadt

### **AfD-Fraktion sieht Ansiedlung positiv: Ja zum Globus!**

niederlassen. Die mit der Globus-Ansiedlung möglicherweise verbundenen Nachteile müssten wir dann trotzdem hinnehmen, von den Vorteilen, wie etwa einer erheblichen Gewerbesteuererinnahme, würden jedoch ausschließlich andere profitieren.

BRUBACHER HOF

## **Baugebiet stoppen!**

Seiten 8 & 9

AFD-ANTRÄGE FÜR FAMILIEN ABGELEHNT

## **Maximal unsozial!**

Seite 7

AFD-INITIATIVE FÜHRT ZUM ERFOLG

## **Mehr Defibrillatoren in Trier!**

Seite 12





Liebe Trierer,

fast fünf Jahre ist es jetzt her, dass Sie der Alternative für Deutschland bei der Kommunalwahl 2014 das Mandat erteilt haben, im Stadtrat die Interessen der Trierer zu vertreten. Auch als kleine Fraktion haben wir uns dieser Aufgabe mit großem Engagement gestellt. In mehr als 140 Anfragen haben wir Probleme aufgegriffen, Klarheit in undurchsichtige Prozesse gebracht und eigene politische Initiativen vorbereitet. Fast 200 Beiträge in der Rathauszeitung dienten dazu, Sie auf dem Laufenden zu halten. Und mit insgesamt 30 Anträgen haben wir eigene kommunalpolitische Akzente gesetzt, die sich von den Vorstellungen der anderen Fraktionen häufig sehr deutlich unterscheiden. Ob wir damit vielleicht sogar die „einzige echte Opposition im Stadtrat“ waren, wie es ein Bürger in einem Schreiben an uns formulierte, bleibt der Entscheidung anderer überlassen. Mit der vierten Ausgabe der „Blauen Post“, die Sie heute in der Hand halten, wenden wir uns nun ein letztes Mal an Sie. Auch diesmal möchten wir Sie wieder über das politische Stadtgeschehen des vergangenen Jahres informieren und Einblicke in die Arbeit unserer Fraktion geben. Dabei stehen die zentralen Themen des Jahres 2018 wie die Errichtung der Karl-Marx-Statue, die Diskussion über das Baugebiet „Brubacher Hof“ und die Beratungen für den Doppelhaushalt 2019/2020 natürlich im Vordergrund.



Aber auch der Bahnlärm an der Weststrecke, der Dauerbrenner Verkehrspolitik, Probleme von Migration und Integration, die Straßenausbaubeiträge und andere Fragen, die uns und die Trierer in den vergangenen 12 Monaten beschäftigt haben, kommen nicht zu kurz.

Mit all dem wünschen wir Ihnen eine spannende Lektüre. Insbesondere aber danken wir Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben. Wenn es dem Willen der Wähler bei der Kommunalwahl im Mai entspricht, werden wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode im Rat für das Wohl unserer Stadt einsetzen. Damit Trier lebens- und liebenswerte Heimat bleibt!

In diesem Sinne grüßen Sie herzlich

**Michael Frisch MdL**

Vorsitzender der AfD-Fraktion

**Christa Kruchten-Pulm**

Stadträtin



**Fraktionsbüro der AfD**

Gebäude III · Raum 10  
Am Augustinerhof 1  
54290 Trier  
Geöffnet Mo & Do 14 bis 18 Uhr oder n.V.

**Ihr Ansprechpartner:** Simon Schröder

**Rufen Sie uns an:** 0651 718 40 40

**E-Mail:** afd.im.rat@trier.de

**V.i.S.d.P.:** AfD Fraktion im Stadtrat Trier · Michael Frisch · Am Augustinerhof 1 · 54290 Trier

**Satz & Design:** Mario Hau **Auflage:** 40.000 **Redaktionsschluss:** 20.12.2018



#### Anfragen an die Stadtverwaltung

08.01.2018	Altersbestimmung „minderjähriger Flüchtlinge“
15.01.2018	Asyl- und Sozialwohnungen Mariahof
08.03.2018	Abschiebehaft
07.02.2018	Asyl- und Sozialwohnungen Filsch
16.04.2018	Karl Marx-Ausstellungs GmbH
12.04.2018	Entwicklung Geschwindigkeitsüberwachung
12.04.2018	Richtlinien Geschwindigkeitsüberwachung
26.02.2018	TTM Jahresbilanz 2016
05.03.2018	Nachfrage Asyl- und Sozialwohnungen Filsch
15.03.2018	Emissionswerte in Trier
03.05.2018	Löhne Busfahrer SWT
03.05.2018	Linksextremisten im Bürgerhaus Trier Nord
03.05.2018	Stadtarchiv Trier
09.05.2018	Marx Statue: Anlass der chinesischen Schenkung
10.05.2018	Marx Statue: Kosten und Sicherheit
17.05.2018	Kontrollen von Radfahrern in der Fußgängerzone
26.05.2018	Defibrillatoren in Trierer Schulen
07.06.2018	Kosten Integrationskonzept
01.07.2018	Parksituation am Pfahlweiher
03.07.2018	Kostenentwicklung Gesundheitskarte für Asylbewerber
03.07.2018	Familiennachzug bei Asylbewerbern
08.07.2018	Kommunale Straßenausbaubeiträge
19.07.2018	Asylzahlen
29.07.2018	Bußgelder Personalausweis
01.08.2018	Regenbogenfahne vor dem Rathaus
20.08.2018	Entwicklung des Baumbestands in Trier
20.08.2018	Gewerbetreibende Ausländer
06.09.2018	Sozialsponsoring für Defibrillatoren
04.10.2018	Entwicklung der Verkehrsüberwachung
04.10.2018	Parkraum in Trier
04.10.2018	Buspreise in Trier
08.10.2018	Personal Verkehrsüberwachung
15.10.2018	Straßenreinigung bei Vandalismus
22.10.2018	Stellenentwicklung bei der Stadt Trier
22.10.2018	Gesamtkosten Asyl 2017 und 2018
22.10.2018	Sozialleistungsmissbrauch Asyl
22.10.2018	Med. Alterskontrollen „minderjähriger Flüchtlinge“
08.11.2018	Kosten für abgelehnte Asylbewerber
19.11.2018	Vergabe von Werberechten
04.12.2018	Arbeiten im Home-Office bei der Stadtverwaltung
06.12.2018	Tagespflege in Trier
17.12.2018	Badeordnung in Trierer Bädern (Burkini)

#### Anträge im Stadtrat

05.02.2018	Medizinische Altersfeststellung minderj. Ausländer
08.03.2018	Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gedenken
14.03.2018	Familientarif in Freibädern verbessern
14.03.2018	„Brubacher Hof“ zur Entwicklungsreserve abstufen
18.04.2018	Änderungsantrag „Menschenrechtslage in China“
18.04.2018	Bundesfahne am Rathaus hissen
11.05.2018	Gedenktafel an der Marx-Statue
23.08.2018	Defibrillatoren für Trierer Schulen anschaffen
20.09.2018	Initiative gegen Bahnlärm unterstützen
31.10.2018	Seniorenbüro angemessen fördern
06.11.2018	Elternanteil für Schülerbeförderung reduzieren

## Bahnlärm Weststrecke AfD-Initiative erfolgreich

Sowohl die Verwaltung als auch die Kommunalpolitik haben in den letzten Jahren einiges getan, um den vom Bahnlärm betroffenen Menschen in unserer Stadt zu helfen. Leider waren diese Bemühungen bisher wenig erfolgreich. Vor allem in den westlichen Stadtteilen klagen die Bürger über eine wieder gestiegene Lärmbelastung durch den Güterverkehr. Unter der Überschrift „So schlimm wie in diesem Sommer war der Krach noch nie“ hat der „Trierische Volksfreund“ ausführlich darüber berichtet.

Hinzu kommt, dass seitens der Bahn in der Vergangenheit so gut wie keine Schutzmaßnahmen ergriffen wurden und eine Geschwindigkeitsbegrenzung weder realisiert noch geplant ist. Und glaubt man der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion im Juli 2018, dann wird sich das Problem nach der Reaktivierung der Westtrasse für den Personenverkehr noch verschärfen. Denn für den Güterverkehr nach Luxemburg werden bis zum Jahr 2025 weitere Steigerungen erwartet. Wir haben dieses Thema deshalb erneut aufgegriffen. Im Interesse unserer Bürger dürfen wir uns als Stadtrat nicht mit der Situation abfinden, sondern müssen aktiv werden. Lärm macht krank und wie der Blick ins Rheintal zeigt, lohnt es sich, gemeinsam für eine Verbesserung der Lage zu kämpfen. In diesem Sinne haben wir in der Stadtratssitzung im September den Antrag gestellt, dass die Stadt Trier eine von zahlreichen Kommunen auf den Weg gebrachte Resolution „Moselgemeinden gegen Bahnlärm“ unterstützt. In dieser Resolution fordern die Kommunen Bund und Land auf, im Moseltal ein flächendeckendes Programm zu Lärmsanierung und Lärmvorsorge aufzulegen und dafür in einer gemeinsamen Anstrengung Gelder aus Bundes-, Landes- und Bahnmitteln freizumachen.



Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat der um einige Konkretisierungen ergänzten Resolution zugestimmt. Damit ist es der AfD gelungen, das Thema Lärmschutz wieder auf die Agenda zu setzen und im Schulterschluss mit anderen eine größere politische Wirksamkeit zu erzielen. Wir werden auch in Zukunft an der Sache dranbleiben und uns auf kommunaler und auf Landesebene für die Interessen der vom Bahnlärm betroffenen Menschen einsetzen.



## Kommunismusopfer vollständig ausgeblendet!

Es war das Ereignis des Jahres 2018 in Trier: Am 5. Mai wurde auf dem Simeonstiftplatz die von der Volksrepublik China gestiftete 5,50m hohe Karl-Marx-Statue anlässlich des 200. Todestages des Trierer Philosophen in Anwesenheit in- und ausländischer Politprominenz feierlich enthüllt. Dass dabei und auch in der Folge bei den mehr als 400 Veranstaltungen des sogenannten Karl-Marx-Jahres die millionenfachen Opfer marxistischer Ideologie nahezu vollständig ausgeblendet wurden, konnten wir nicht widerspruchslos hinnehmen. Gemeinsam mit der AfD-Landtagsfraktion haben wir deshalb unter dem Motto „Kommunismus-Opfer nicht vergessen – Marx vom Sockel holen“ einen Schweigemarsch initiiert und so ein deutliches Zeichen des Protestes gegen die unkritische Marx-Verherrlichung gesetzt. Zudem fand am Vorabend der offiziellen Feierlichkeiten eine Vortragsveranstaltung mit dem ehemaligen tschechischen Staats- und Ministerpräsidenten Vaclav Klaus im Best Western Hotel statt, die sich mit den Auswirkungen Marxscher Philosophie bis in die Gegenwart hinein beschäftigte. Der berühmte Trierer Philosoph, Theologe und Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breuning, der sich zeitlebens intensiv mit Marx auseinandergesetzt hat und der durchaus auch dessen Verdienste sah, stellte 1983 in einer Festrede am Trierer Friedrich-Wilhelm-Gymnasium fest: „Karl Marx hat die Welt ungeheuer verändert. Aber

wir können ihm wirklich dafür nicht dankbar sein... Die Veränderung, die er in die Welt hineingebracht hat, ist doch vielleicht das größte Unglück, das über die Menschheit gekommen ist.“

*„Karl Marx war weniger ein Philosoph als vielmehr ein antidemokratischer Revolutionär, der Hass, Gewalt und Terror als legitimes Mittel gesellschaftlicher Veränderung betrachtete. Insofern gibt es zweifellos einen Zusammenhang zwischen seiner Ideologie und den Verbrechen der kommunistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Jede Glorifizierung seiner Person verbietet sich daher von selbst. Marx eignet sich nicht zum Heiligen und deshalb brauchen wir keine riesige Marx-Ikone als Wallfahrtsort für alte und neue Marxisten. Während man in den mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Ende des Kommunismus Namen und Bilder der Unterdrückten aus den Städten verbannt hat, errichten wir in Trier ein monströses Marx-Standbild als Geschenk der chinesischen Regierung. Das ist ein Schlag ins Gesicht der unzähligen Opfer der von seinen Ideen inspirierten totalitären Systeme, den wir nicht unwidersprochen hinnehmen können.“* (Stellungnahme von MdL Michael Frisch zur Enthüllung der Marx-Statue)



## Grüne Fahrradlobby contra Autofahrer und Fußgänger

In den letzten Jahren wurde in Trier viel für den Radverkehr getan. Dem stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Kein Verständnis haben wir allerdings dafür, dass dabei die übrigen Verkehrsteilnehmer zunehmend ins Hintertreffen geraten. So sind zahlreiche Parkplätze im Innenstadtbereich Fahrradwegen oder zusätzlichen Fahrradstreifen zum Opfer gefallen. An mehreren Ampeln wurden Fahrradspuren installiert, die bei starkem Verkehrsaufkommen zu einem PKW-Rückstau führen. In der ersten Trierer Fahrradstraße ist nur noch KfZ-Anliegerverkehr zugelassen. Aber auch dieser muss sich dem Radverkehr anpassen und unterordnen, während Radfahrer nebeneinander fahren dürfen.

Wir als AfD-Fraktion stehen für eine bürgernahe Verkehrspolitik, die die Interessen aller Verkehrsteilnehmer in einen vernünftigen Ausgleich bringt. Die von Grünen und SPD, teilweise auch mit Unterstützung der CDU be-

triebene Bevorzugung der Radfahrer lehnen wir dagegen ab. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer auf die Benutzung eines PKW's in der Innenstadt angewiesen sind, dürfen nicht mit unsinnigen Regelungen kujoniert werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, ein stärkeres Augenmerk auf die Sicherheit der Fußgänger zu legen. Hier besteht gerade angesichts rücksichtsloser Radfahrer in der Fußgängerzone, aber auch darüber hinaus, erheblicher Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass insbesondere Kinder und ältere oder gehbehinderte Personen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, weil eine bestimmte Gruppe mehr oder weniger Narrenfreiheit in Trier hat. Es ist kein Bagatelldelikt, die Gesundheit von Fußgängern zu gefährden. Wer Falschparker und Geschwindigkeitsübertreter konsequent sanktionieren will, der muss deshalb auch dafür sorgen, dass Fahrradrowdys das Handwerk gelegt wird.



### Maßnahme zur Verkehrssicherheit oder doch Abzocke? „Blitzer“ stopfen Haushaltslöcher

Als der Rat 2014 die Einführung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung (KGÜ) beschloss, wurde dies von den Befürwortern mit klaren Erwartungen begründet. Mit der Einführung der KGÜ könne die Unfallhäufigkeit gesenkt und der Verkehr sicherer gemacht werden. Eine Abzocke zwecks Konsolidierung des städtischen Haushalts sei keinesfalls geplant, denn geblitzt werde überwiegend in Risikobereichen vor Kitas, Schulen und in Wohngebieten.

Im Hinblick auf diese Erwartungen fällt die Bilanz vier Jahre später ernüchternd aus. Die Unfallhäufungspunkte liegen nahezu ausschließlich in den Ampel- und Kreuzungsbereichen der Hauptverkehrsstraßen. Dafür sind jedoch in aller Regel nicht zu hohe Geschwindigkeiten verantwortlich, sondern Unaufmerksamkeit bei Spurwechseln, Missachtung von Vorfahrtsregeln oder zu dichtes Auffahren. Nicht zufällig konnte man hier durch bessere Markierungen und veränderte Verkehrsführungen eine geringfügige Reduzierung der Unfallzahlen erreichen.

Geblietzt wird an solchen Stellen jedoch nicht. Auch in Wohngebieten bleiben Kontrollen bisher die Ausnahme. Stattdessen konzentrieren sich die städtischen Geschwindigkeitsmessungen vor allem da, wo mit satten Einnah-

men zu rechnen ist. Fast 90% aller Übertretungen liegen dabei im untersten Bereich bis 10 km/h. Dennoch werden solche Stellen wie beispielsweise die Moseluferstraße per Definition als „Gefahrenstellen“ eingestuft, weil „dort wiederholt wichtige Verkehrsregeln missachtet werden.“ (Zitat aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der AfD). Zudem wurde die Anzahl der Messungen gegenüber 2016 um etwa 25% erhöht und 2019 soll eine weitere, semimobile Messanlage getestet werden.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass mit den zusätzlichen „Blitzern“ neue Einnahmen für die Stadt generiert werden sollen. Zusammen mit den Verwarnungs- und Bußgeldern aus dem ruhenden Verkehr („Knöllchen“) sind im kommenden Haushalt im Bereich Verkehrsüberwachung Erträge von insgesamt über 3,6 Millionen Euro pro Jahr (!) eingeplant.

Gegen eine passgenaue Geschwindigkeitsüberwachung zur Senkung des Unfallrisikos ist nichts einzuwenden. Aber immer mehr Kontrollen, die nachweislich keinen Effekt auf die Verkehrssicherheit haben und die in erster Linie dem Stopfen von Haushaltslöchern dienen, lehnen wir ab.



## Seenotrettung setzt falsche Anreize Stadtrat versucht sich vergeblich in Bundespolitik



**Auf einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen, UBT, Linke und FDP hin hat der Rat im September eine Resolution beschlossen, mit der sich die Stadt Trier zur Aufnahme im Mittelmeer geretteter Migranten bereit erklärt. Wir als AfD-Fraktion haben als einzige diese Resolution aus guten Gründen abgelehnt.**

Natürlich darf es nicht den geringsten Zweifel daran geben, dass in Seenot geratene Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden müssen. Diesem Gebot der Humanität stimmen wir uneingeschränkt zu. Genauso klar ist aber auch, dass diese Menschen umgehend dorthin zurückgeführt werden sollten, wo sie herkamen. Sie an die europäische Küste zu bringen und dort ein Asylverfahren zu eröffnen, schafft genau jenen Anreiz, der verhindert werden muss: die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer als Eintrittskarte nach Europa.

Seenotretter, die bereits wenige Kilometer von der afrikanischen Küste entfernt Migranten aufnehmen, betreiben das Geschäft krimineller Schlepper. Denn deren lukratives Geschäftsmodell besteht ja gerade darin, Menschen möglichst schnell an Rettungsschiffe zu übergeben. Wer den Schleppern das Handwerk legen will, muss ihnen das nehmen, was sie verkaufen: das Versprechen einer Ankunft in einem europäischen Hafen.

Ohne es zu wollen, tragen die Seenotretter auch eine Mitschuld an den vielen Toten im Mittelmeer. Nur die Hoffnung auf ein neues Leben in Europa nämlich treibt die Menschen zu tausenden aufs Meer, lässt sie ihr Leben riskieren und nicht selten verlieren. Und je mehr

Menschen das sind, desto mehr Todesopfer wird es geben. Es ist kein Zufall, dass die Zahl der Ertrunkenen deutlich zurückgegangen ist, seitdem die neue italienische Regierung die Anlandung von privaten Seenotrettungsschiffen nicht mehr akzeptiert. Und auch Australien hat durch konsequente Zurückweisung illegaler Migranten die Zahl der Ertrunkenen von etwa 200 pro Jahr auf null gedrückt. Was wir brauchen, sind daher keine bundespolitischen Stadtratsresolutionen, die dieses tragische Geschehen anheizen, sondern Hilfe für die Menschen vor Ort. Wir brauchen das, was die AfD bereits 2015 vorgeschlagen hat: einen konsequenten Schutz der europäischen Außengrenzen, so wie er eigentlich vorgesehen ist. Wir brauchen von der EU finanzierte Asylzentren in Nordafrika und in sicheren arabischen Ländern, in denen wirklich von Krieg und Verfolgung bedrohte Menschen solange untergebracht werden, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Und wir brauchen nicht zuletzt eine Politik, die Kriegsursachen bekämpft, anstatt sie zu fördern. Leider hat auch die CDU-Fraktion im Stadtrat hier einmal mehr die Asylpolitik von SPD, Grünen und Linken mitgetragen, während ihre Partei in Berlin den Bürgern zu erklären versucht, man habe eine Kehrtwende in der Migrationsfrage eingeleitet. Ob das aus wirklicher Überzeugung oder aus Opportunismus geschah oder vielleicht sogar die Angst, von den Willkommenskultur-Ideologen in die rechte Ecke gestellt zu werden, eine Rolle spielte, bleibt offen. Fakt ist jedoch, dass sie einen Antrag unterstützt hat, der nicht nur die Zuständigkeit der Stadt übersteigt, sondern auch die migrationspolitische Realität vollständig ignoriert.

## AfD-Anträge zur Entlastung von Familien abgelehnt Maximal unsozial!

**Kinder sind wertvoll, aber auch teuer. Väter und Mütter wissen das. Selbst für die angeblich kostenfreie Bildung fallen immer wieder erhebliche Ausgaben an. Bücher und Kopien, Klassenkasse und Förderverein, Ausflüge und Klassenfahrten – und all das nicht selten mal zwei oder mal drei. Es läppert sich für Eltern und nicht nur sozial schwache Familien geraten so schnell an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten.**

Häufig kommen noch erhebliche Fahrtkosten obendrauf. Während das Land die Kosten der Schülerbeförderung bei unzumutbarem Schulweg bis einschließlich Klasse 10 übernimmt, haben Familien unabhängig von der Höhe des Aufwands und der Anzahl der Kinder in der Sekundarstufe II diese Kosten alleine zu tragen. Nur wer eine seit 2009 nicht mehr erhöhte (!) Einkommensgrenze unterschreitet, die kaum über den Hartz-IV Regelsätzen liegt, bekommt die Ausgaben zum Teil erstattet. Doch selbst dann ist eine Eigenbeteiligung fällig, die zurzeit 26 Euro im Monat beträgt und damit eine enorme Belastung für ein knappes Budget bedeutet.

Dass der Stadtrat im November beschlossen hat, diesen Eigenanteil jetzt auch noch deutlich zu erhöhen, ist für uns ein sozialpolitischer Skandal. Je nach Preisstufe werden demnach für eine dreiköpfige Familie zwischen 33% und 61% mehr fällig als bisher. Im teuersten Fall beträgt der Eigenanteil pro Kind über 500 Euro im Jahr. Viel Geld für Eltern am Rande der Armut mit einem Netto-Einkommen von weniger als 1700 Euro monatlich.

Peanuts dagegen für die Stadt. Sie kalkuliert durch die Erhöhung mit einem jährlichen Mehrertrag von gerade einmal 30.000 Euro – und das bei einer Gesamtverschuldung von über 800 Millionen und einem Jahreshaushalt von 410 Millionen Euro. Die AfD-Fraktion hat daher im Rahmen der Debatte über die Neuregelung der Schülerbeförderung beantragt, diese Erhöhung zu Lasten der Schwächsten zu streichen. Leider wurde dieser Antrag von den anderen Fraktionen – wieder einmal - mit großer Mehrheit abgelehnt. Dabei verwies die SPD auf die Haushaltslage der Stadt, bezeichnete die Erhöhung als „marginal“ und sprach von einer „Kröte, die wir halt schlucken müssen.“ Die Linksfraktion wies den Antrag als „populistisch“ (!) zurück. CDU, Grüne, FDP und UBT äußerten sich überhaupt nicht dazu, was die Frage aufwirft, welchen Stellenwert Familien am Rande der Armut für sie haben. Für uns ist es unverständlich, dass diejenigen, die mit einer „Solidarkarte“ die Entlastung einkommensschwacher

Menschen beim ÖPNV erreichen wollen, hier für das exakte Gegenteil stimmten. Und wenn die Vertreterin der CDU erst kürzlich im Rahmen der Diskussion um diese Karte betonte, gerade solche Familien, die zwar keine Transferleistungen bezögen, aber dennoch in prekären Verhältnissen lebten, seien ihr wichtig, dann ist das angesichts eines solchen Abstimmungsverhaltens ihrer Fraktion wenig glaubwürdig.

Zuvor hatte der Stadtrat bereits im März eine deutliche Erhöhung der Freibadpreise beschlossen. Seitdem müssen Besucher des Nord- und Südbades durchschnittlich 25% mehr Eintrittsgeld bezahlen. Damit setzt sich Trier an die Spitze aller Freibäder der Region, insbesondere bei den ermäßigten Karten liegen die Preise um mindestens 20% höher als bei den anderen. Von einer normalen Preisanpassung kann indes nicht die Rede sein. Denn seit der letzten Erhöhung 2015 betrug die Inflationsrate insgesamt weniger als 4 %, die Tarifsteigerung im Öffentlichen Dienst etwa 7%. Die Energiekosten für die Gasheizung sind sogar gesunken. Mit anderen Worten: ein erheblicher Teil der erhofften Mehreinnahmen von 27.000 Euro dient der Haushaltskonsolidierung, nur ein kleinerer Teil wird durch Mehrausgaben aufgezehrt.

Für die Stadt geht es also auch hier nur um einige tausend Euro. Für viele Betroffene dagegen um deutlich mehr. Wir halten es für problematisch, die Bürger in allen Bereichen immer stärker zu belasten, anstatt dort Einsparungen vorzunehmen, wo unnötig Geld ausgegeben wird. Die AfD-Fraktion hatte deshalb beantragt, die bisherige Beschränkung der Familienkarte auf Familien mit mindestens einem unter 15-jährigen Kind aufzuheben. Sie führt bei einer 4-köpfigen Familie zu einer Mehrbelastung von 7 Euro bei einem einmaligen Freibadbesuch, sobald alle Kinder dieses Alter überschritten haben. Das ist unsozial und ungerecht, denn auch ältere Kinder kosten viel Geld. Wenn wir Familien wirklich entlasten wollen, dann dürfen wir nicht mit zweierlei Maß messen, sondern müssen alle gleich behandeln. Wie zu erwarten wurde unser Antrag von den übrigen Fraktionen einstimmig abgelehnt. Bei allem Verständnis für die schwierige Finanzlage der Stadt bedauern wir das sehr. Hier wurde bei den Falschen gespart! Die AfD-Fraktion steht für eine Politik, die auch die Schwachen nicht vergisst. Anstatt Sonntagsreden über Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu halten, werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Familien mit Kindern nicht in einer Art und Weise belastet werden, die ihre Leistungsfähigkeit übersteigt.





# Menschen, Natur und Heimat schützen

## Baugebiet „Brubacher Hof“ stoppen!

**Noch ist es eine Idylle am Rande der Stadt: das Gebiet zwischen Mariahof und dem „Brubacher Hof“. Wiesen, Weiden und Felder bilden eine grüne Oase, eine Traditionsgaststätte lädt zu Einkehr und Rast, das angrenzende Naturschutzgebiet „Mattheiser Wald“ bietet Ruhe und Erholung.**

Nach dem Willen der Stadtratsmehrheit wird demnächst Schluss mit dieser Idylle sein. In der Ratssitzung am 19. Juni 2018 wurde der Flächennutzungsplan 2030 und mit ihm ein neues Baugebiet „Brubacher Hof“ beschlossen. Am 6. November stimmte der Rat dann für eine städtebauliche Entwicklungssatzung, die eine beschleunigte Bebauung einschließlich einer umfassenden Enteignung der Grundstückseigentümer ermöglicht.

**Wir als AfD-Fraktion waren aus folgenden Gründen von Anfang an gegen dieses Vorhaben:**

**1. Hauptargument der Befürworter ist ein angeblich zu erwartendes Bevölkerungswachstum in Trier und der daraus resultierende Wohnraumbedarf.** Wir halten diese Prognose für falsch und interessengeleitet. Eine Studie der Universität Trier sieht ausdrücklich Unsicherheiten in der demographischen Entwicklung, das BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) geht davon aus, dass langfristig weniger Menschen in Trier wohnen werden und spricht von einer bis auf 100.000 sinkenden Einwohnerzahl. Dringender Wohnraumbedarf besteht daher zunächst einmal nicht. Wir haben eher den Verdacht, dass es darum geht, ein politisch gewolltes Wachsen unserer Stadt durch neu geschaffene Wohnungsangebote aktiv herbeizuführen. Dafür spricht etwa die Aussage des Oberbürgermeisters im TV am 1. März 2018: „Trier braucht günstigen Wohnraum und Platz für Ein- und Zweifamilienhäuser, um neue Bewohner anzuziehen(!)“. Und wenn Baudezernent Ludwig prophezeit, eine sinkende Einwohnerzahl „würde uns alle teuer zu stehen kommen“, dann ist das keine seriöse Argumentation, sondern Ängste schürende Stimmungsmache.

**2. Mit den unstrittigen oder bereits beschlossenen Baugebieten in Feyen, Ruwer, Euren und Zewen sowie einer behutsamen Verdichtung im Innenbereich der Stadt tragen wir dem Baulandbedarf in Trier schon jetzt Rechnung.** Weitere Ausweisungen sollten nach unserer Auffassung daher aufgeschoben und dann in Abhängigkeit von der tatsächlichen Bevölkerungsent-

wicklung beurteilt werden. Nur so können wir Fehlentwicklungen vermeiden, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

**3. Eine Bebauung des „Brubacher Hofes“ würde zu einer erneuten Erhöhung des Verkehrsaufkommens in Trier führen.** 6.000 zusätzliche Fahrzeuge pro Tag in Richtung Innenstadt hätten nicht nur für die unmittelbar betroffenen Stadtteile, sondern für nahezu alle Trierer eine weitere starke Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastung zur Folge. Gleichzeitig sind die von der Stadtverwaltung vorgesehenen Gegenmaßnahmen aufgrund der Tallage der Stadt grundsätzlich ungeeignet, diese Probleme zu lösen.

**4. Das geplante Baugebiet führt zu einer unwiederbringlichen Zerstörung eines der schönsten Naherholungsgebiete Triers.** Zudem bedeutet es eine erhebliche Beeinträchtigung des angrenzenden Naturschutzgebietes „Mattheiser Wald“ und birgt durch den Wegfall einer Kaltluftentstehungszone das Risiko einer Verschlechterung der klimatischen Verhältnisse in der Stadt. Die Lebensqualität für die Bewohner Triers würde sich so spürbar verringern.

**5. Es gibt in der Bürgerschaft erheblichen Widerstand gegen dieses Projekt.** Als Partei, die sich der direkten Demokratie verpflichtet fühlt, lehnen wir es grundsätzlich ab, einen Beschluss mit solcher Tragweite über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchzusetzen. Die AfD-Landtagsfraktion strebt daher zurzeit eine Gesetzesänderung an, die es auch in Rheinland-Pfalz ermöglichen soll, Bürgerentscheide zu Bauleitfragen durchzuführen.

**6. Mit der vom Rat beschlossene Entwicklungssatzung wird das schärfste Instrument städtebaulicher Entwicklung eingesetzt.** Die rechtlichen Voraussetzungen für das Aufstellen einer solchen Satzung sind infolgedessen sehr hoch. Erst wenn die Nachfrage das Angebot aus strukturellen Gründen längerfristig deutlich übersteigt und der Bedarf mit einer herkömmlichen Bauleitplanung nicht zu befriedigen ist, darf zu diesem Instrument gegriffen werden. Dagegen ist eine Entwicklungsmaßnahme, die die Merkmale einer „Angebotsplanung“ aufweist, grundsätzlich nicht erlaubt. Genau dieses Merkmal ist jedoch beim Brubacher Hof aufgrund der oben genannten Bevölkerungszahlen erfüllt. Wir halten die Entwicklungssatzung daher nicht nur aus sachlichen Aspekten für falsch, sondern auch aus rechtlicher Hinsicht für unzulässig.



**7. Die schon jetzt angekündigten Klagen von Naturschutzverbänden, Grundstückseigentümern und Landwirten dürften durchaus erfolgversprechend sein.** Zudem steht die Genehmigung des FNP durch die SGD Nord noch aus und dürfte mit Blick auf die bestehenden landwirtschaftlichen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete im Regionalen Raumordnungsplan keineswegs selbstverständlich sein. Jeder Euro, der jetzt für die Planung und Umsetzung des Baugebietes „Brubach“ ausgegeben wird, wird verloren sein, wenn das Projekt nicht realisiert werden kann. Wie beim Theater könnte die Fehlentscheidung einer Ratsmehrheit die Trierer so noch teuer zu stehen kommen. Auch hier hat man blauäugig und unkritisch alle Warnungen in den Wind geschlagen und den Steuerzahlern dadurch Verluste von mehreren Millionen aufgebürdet.

**8. Die Erschließung immer neuer Baugebiete auf der grünen Wiese birgt nicht nur die Gefahr eines Überangebots, das dann zu einer Verödung der Ortskerne in den Stadtteilen führt, sondern verstärkt auch die aktuell stattfindende Landflucht.** Dabei ist der Erhalt der ländlichen Regionen gerade für Rheinland-Pfalz von existentieller Bedeutung. Eine Konzentration der Menschen auf wenige Metropolen würde eine große soziale und kulturelle Verarmung sowie zusätzliche Umweltbelastungen mit sich bringen. In diesem Sinne heißt es auch in einer gemeinsamen Stellungnahme von BUND und NABU zum „Brubacher Hof“: „Die

Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt sind weitgehend erschöpft. Die Ausweisung von Bauflächen wird substantiell unverzichtbare Flächen in Anspruch nehmen. Ein Wettlauf mit dem Umland über günstige Bauflächen dient nicht einer nachhaltigen Regionalentwicklung.“

**9. Als konservative Partei steht die AfD für die Bewahrung von Heimat, Kultur und Natur.** Dazu gehört das Maßhalten und manchmal auch der Verzicht. Wir setzen auf Qualität vor Quantität. Immer mehr Bodenversiegelung, fortschreitender Naturverbrauch, steigende Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastung gehen letztlich zu Lasten aller in Trier lebenden Menschen. Wenn wir die Lebensqualität unserer Stadt bewahren wollen, dann sollten wir den Mut haben, bescheidener zu sein.

**Fazit: Ein Baugebiet „Brubacher Hof“ ist für eine positive Stadtentwicklung nicht nur nicht notwendig, sondern steht ihr sogar ausdrücklich im Wege. Wir als AfD-Fraktion werden daher auch weiterhin gegen die unwiderrufliche Zerstörung einer wertvollen Natur- und Kulturlandschaft kämpfen, um so irreversiblen Schaden von unserer Stadt abwenden. Letztlich haben es aber die Trierer Bürger selbst in der Hand, bei der Kommunalwahl mit ihrer Stimme dafür zu sorgen, dass diese folgenschwere Fehlentscheidung wieder rückgängig gemacht werden kann!**

**Damit Trier auch in Zukunft I(i)ebenswert bleibt!**



## Altparteien-Koalition lehnt AfD-Antrag ab!

**Das grausame Verbrechen, bei dem in Kandel ein 15-jähriges Mädchen von einem angeblich gleichaltrigen Afghanen erstochen wurde, hat erneut ein Schlaglicht auf das Problem sogenannter „unbegleiteter minderjähriger Ausländer“ (UMA) geworfen.**

Knapp 2300 von ihnen, überwiegend junge Männer, leben zur Zeit in Rheinland-Pfalz, etwa 70 davon in Trier. Die Kosten für Unterbringung, Versorgung und Betreuung sind für diese Personen außerordentlich hoch. So zahlt die Stadt Trier für jeden Einzelnen UMA, der in einer betreuten Wohngruppe lebt, 5700 Euro im Monat. Das entspricht dem durchschnittlichen Steueraufkommen, das mehr als 10 Arbeitnehmer mit einer Vollzeit-tätigkeit erwirtschaften. Insgesamt sind im städtischen Haushalt für die Jahre 2019/2020 jeweils 7 Millionen Euro für diese Gruppe eingestellt, die aktuell gerade einmal 67 Personen umfasst.

Entscheidend für die Gewährung der genannten Leistungen ist



dabei die Alterseinstufung im Rahmen der Inobhutnahme. In Trier führte das Jugendamt bis vor kurzem lediglich eine „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ zur Altersfeststellung durch. Und das, obwohl §42f SGB VIII in Zweifelsfällen eine ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung durch das Jugendamt verlangt. Zudem ist längst klar, dass dieses Verfahren gravierende Mängel aufweist. So berichtete „Die Welt“ am 23.11.2017 unter Berufung auf das Bundesfamilienministerium, rund 43 Prozent der in Deutschland lebenden UMA seien in Wahrheit älter als 18 Jahre. In Österreich führten medizinische Untersuchungen in 41% aller Fälle zum Nachweis der Volljährigkeit angeblich minderjähriger Personen. Und in Luxemburg wurde in allen (!) Verdachtsfällen die Volljährigkeit mit Hilfe medizinischer Verfahren festgestellt.

Vor diesem Hintergrund haben wir als AfD-Fraktion im Februar 2018 einen Antrag im Stadtrat eingebracht, das Jugendamt auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen Regelung zu einer medizinischen Altersfeststellung bei allen UMA zu verpflichten, deren Minderjährigkeit nicht völlig zweifelsfrei erwiesen ist. Leider wurde dieser Antrag von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt. Dabei sprach CDU-Ratsfrau Jutta Albrecht für sämtliche im Rat vertretenen Parteien einschließlich der Linken. Ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf die drei Seiten lan-

ge, mit zahlreichen Fakten und Argumenten unterlegte Antragsbegründung einzugehen, wies sie jede Kritik an der mangelhaften Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen pauschal zurück. Darüber hinaus diffamierte sie die Forderung der AfD als „populistisch“ und bezichtigte uns eines falschen Menschenbildes, das Geflüchtete unter einen Generalverdacht stelle.

Natürlich weisen wir diesen Vorwurf entschieden zurück. Es geht nicht um eine pauschale Verurteilung einer ganzen Gruppe von Menschen. Aber wenn nur ein Bruchteil der in Obhut genommenen jungen Leute Passdokumente hat und Erfahrungen in anderen Bundesländern und Staaten eine erhebliche Missbrauchsquote bei den Altersangaben der Betroffenen belegen, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer möglichst genauen und rechtssicheren Altersbestimmung. Eine solche ist aber nun einmal am besten mit den wissenschaftlich fundierten medizinischen Verfahren möglich. Jeder

deutsche Bürger, der Leistungen der Pflege- oder Krankenversicherung haben möchte, muss sich einer peniblen Gesundheitsprüfung unterziehen. Weigert er sich, verliert er den Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Es ist nicht einzusehen, warum dies in einem Rechtsstaat für unbegleitete eingereiste Jugendliche nicht gelten soll, zumal hier getroffene Fehlentscheidungen mit Millionen-Aufwendungen für den Steuerzahler verbunden sind.

*Nachtrag: Nachdem die Landesregierung im Mai 2018 nicht zuletzt auf den Druck der AfD-Landtagsfraktion hin eine neue Handlungsempfehlung zur Altersfeststellung herausgegeben hat, wurden vom Trierer Jugendamt erstmals medizinische Alterskontrollen in drei (!) Fällen angeordnet. Dies ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber aus unserer Sicht immer noch deutlich zu wenig. Wir fordern daher weiterhin eine medizinische Untersuchung aller nicht zweifelsfrei als minderjährig einzustufender Personen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, medizinische Alterskontrollen, die in der Gerichtsmedizin regelmäßig Anwendung finden und von anderen europäischen Staaten zur Altersfeststellung angeblich minderjähriger Flüchtlinge seit langem erfolgreich praktiziert werden, nicht auch hier einzusetzen, um so den beschriebenen Missbrauch abzustellen und dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen.*

## Ermahnung und Ermutigung Schicksalstag 9. November

Am 9. November 1938 fanden in ganz Deutschland gewalttätige Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung statt. SA-Truppen und Angehörige der SS töteten in der sogenannten „Reichspogromnacht“ hunderte Juden, verwüsteten ihre Wohnungen und Geschäfte und zündeten mehr als 1000 Synagogen an. Kurz darauf begann die Deportation von Juden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen. An diese dunkelsten Stunden deutscher Geschichte immer wieder zu erinnern ist unsere bleibende Aufgabe. Auch wenn wir persönlich unschuldig daran sind, so müssen wir doch Verantwortung dafür übernehmen, dass so etwas in Deutschland nie wieder geschieht. Für die AfD-Fraktion war es deshalb eine selbstverständliche Verpflichtung, an den städtischen Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November ebenso teilzunehmen wie am anschließenden Sabbatgebet in der Trierer Synagoge. Gerade in einer Zeit, in der Antisemitismus nicht nur bei Links-

und Rechtsextremisten, sondern auch durch die Einwanderung von Migranten aus traditionell jüden- und israelfeindlichen Ländern wieder an Boden zu gewinnen scheint, muss unsere uneingeschränkte Solidarität den jüdischen Menschen und Gemeinden in unserem Land gelten.

Der 9. November steht aber auch für glückliche Momente der deutschen Geschichte: 1918 wurde an diesem Tag das Ende der Monarchie ausgerufen und damit der Weg für die erste deutsche Demokratie frei gemacht. Und 1989 führten die vom Volk erzwungene Öffnung der Grenzen und der anschließende Fall der Mauer zur kaum noch erhofften Wiedervereinigung aller Deutschen in einem freien Staat.

So ist dieser Schicksalstag Ermahnung und Ermutigung zugleich: Die Gräueltaten der Geschichte nicht zu vergessen, aber auch den Mut zu finden, Freiheit und Demokratie gegen jede Form von Diktatur, Totalitarismus und Menschenfeindlichkeit zu verteidigen.

### Mehr Frauen in schlecht bezahlte Jobs?

## Gleichheitswahn im Gleichstellungsplan

**Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Männern und Frauen sind nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern längst gelebte Realität - auch in der Stadtverwaltung Trier. Der im Februar 2018 vorgestellte „Gleichstellungsplan“ hält dies ausdrücklich fest, weder Frauen- noch Gleichstellungsbeauftragte sehen hier Anlass zur Klage. Wozu dann aber dieses mit erheblichem Aufwand erstellte 36-seitige Dokument?**

Die Antwort gibt der Plan selbst: Es geht nicht um Gleichberechtigung, sondern um „eine Angleichung der tatsächlichen Situation von Frauen und Männern“. Erklärte Absicht ist es, „in allen Besoldungs-, Entgelt- und Laufbahngruppen eine Parität zwischen Frauen und Männern anzustreben.“ Im Klartext heißt dies: Überall dort, wo statistisch gesehen eine Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht, sollen Maßnahmen ergriffen werden, um diese zu beseitigen. Zu wenige Frauen

in Dezernat 4? Das muss anders werden! Mehr Frauen als Männer in Teilzeit? Geht gar nicht! Männer im Sozial-Dezernat unterrepräsentiert? Dringender Handlungsbedarf! Nur 36% Frauen im einfachen Dienst? Frauenanteil erhöhen, auch bei den schlecht bezahlten Jobs muss

Gleichstellung her! Allein diese wenigen Beispiele offenbaren die Fragwürdigkeit eines solchen Plans. Gerade dann, wenn Gleichberechtigung und Gleichbehandlung realisiert sind, zeigen sich in der Vielfalt beruflicher und sozialer Lebenswelt Individualität und Selbstbestimmung der Menschen. Wir sollten das akzeptieren anstatt mit



regulierenden Maßnahmen einzugreifen. Ein freiheitlicher Staat braucht keine Sozialingenieure, sondern Chancengleichheit und Respekt vor den Entscheidungen seiner Bürger. Diesem Anspruch wird der Gleichstellungsplan nicht gerecht. Er dient nicht der Gleichberechtigung, sondern der Gleichmacherei und ist daher mit einem freiheitlichen Menschenbild nicht vereinbar.



## Leben retten mit modernster Technik AfD-Fraktion sorgt für mehr Defibrillatoren in Trier



Wie eine Anfrage der AfD-Fraktion im Mai ergab, sind aktuell lediglich drei Trierer Schulen mit sogenannten AED's (Automatisierten Externen Defibrillatoren) ausgestattet, die in Eigeninitiative angeschafft wurden. In den meisten Schulen und Turnhallen steht solch ein lebensrettendes Gerät jedoch nicht zur Verfügung. Demgegenüber ist in anderen Städten das Vorhandensein eines Defibrillators in Bildungseinrichtungen bereits seit längerem die Regel. Auch immer mehr öffentliche Institutionen und Betriebe installieren einen AED im Rahmen der Gesundheitsvorsorge für ihre Mitarbeiter und Besucher. Und seit 2001 werben alle namhaften Hilfsorganisationen für deren Einsatz im öffentlichen Umfeld.

Die auf dem Markt befindlichen AED-Geräte sind ausdrücklich für den Gebrauch durch Laien gedacht. Sie können mittels gezielter Stromstöße Herzrhythmusstörungen unterbrechen und damit den Herztod verhindern. Außerdem geben sie genaue Anweisungen für weitere lebensrettende Maßnahmen wie Herz-Druck-Massage oder Mund-zu-Mund-Beatmung und optimieren damit deren Einsatz. Bei Bedarf können sie mit kleineren Elektroden versehen werden, so dass ihre Anwendung auch bei Kindern unter 8 Jahren möglich ist.

Gerade in Schulen und Sporthallen kommt eine große Anzahl von Menschen regelmäßig über einen längeren Zeitraum zusammen. Viele Lehrkräfte unterliegen alters- und stressbedingt einem besonderen Risiko von Herzerkrankungen und den daraus resultierenden Problemen. Ebenso muss bei der Sporthallennutzung von einem erhöhten Gefährdungspotenzial ausgegangen werden. Es sollte daher selbstverständlich sein, dass in solchen Einrichtungen die vorhandenen technischen Möglichkeiten

zur Rettung von Menschenleben auch tatsächlich genutzt werden. Die AfD-Fraktion hat daher im August den Antrag gestellt, alle Trierer Schulen und Sporthallen mit AED's (Automatisierte Externe Defibrillatoren) auszustatten. Da seitens der anderen Fraktionen angezweifelt wurde, ob dort wirklich überall Bedarf für einen AED bestehe, wurde letztlich beschlossen, ein Konzept zu erarbeiten, an welchen Stellen es sinnvoll ist, ein solches Gerät aufzustellen. Und bereits wenige Wochen später meldete die Stadtverwaltung, dass man nach Rücksprache mit der Feuerwehr beabsichtige, zusätzliche 28 Defibrillatoren in Schulhallen und Versammlungsräumen aufzuhängen. Insbesondere soll dadurch sichergestellt werden, dass dann alle Trierer Sporthallen mit einem solchen Gerät ausgestattet sind. Wir freuen uns, dass wir mit unserem Antrag so den Anstoß dafür gegeben haben, dass jetzt hoffentlich bald auch in Trier ausreichend lebensrettende Defibrillatoren im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen.

*Gegen Ende der Debatte zum AfD-Antrag „Defibrillatoren für Trierer Schulen und Sporthallen“ kam es zu einem Eklat, als Richard Leuckefeld (Grüne) ohne jeden Widerspruch und unter dem Beifall eines großen Teils des Stadtrates der AfD-Fraktion unterstellte, mit ihrem Antrag lediglich „Humanität vortäuschen“ zu wollen. Wir weisen diesen ungeheuerlichen Vorwurf entschieden zurück. Es ist ein Tiefpunkt politischer Kultur, einer gewählten Stadtratsfraktion die persönliche Integrität abzusprechen. Damit untergräbt man die Grundlage einer kollegialen Zusammenarbeit im Rat und zerstört die gegenseitige Wertschätzung als unverzichtbare Voraussetzung eines demokratischen Diskurses.*

## Bürokratie abbauen - Bürger entlasten Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Rheinland-pfälzische Bürger werden mit einer Vielzahl von Steuern und Abgaben belastet. Die Straßenausbaubeiträge stehen dabei besonders in der Kritik, denn bei vielen Ausbaumaßnahmen ist ein Sondervorteil für die Anlieger nicht zu erkennen. Gleichwohl führen sie für die Betroffenen zu erheblichen und manchmal existenziellen finanziellen Belastungen. Hinzu kommt, dass die Erhebung der Straßenausbaubeiträge in der Regel mit unverhältnismäßigen Verwaltungskosten verbunden ist. Auch wenn die Stadtverwaltung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion mitgeteilt hat, es sei nicht möglich, diese Kosten zu beziffern, dürften sie in Trier kaum niedriger sein als in Mainz. Dort werden bis zu 40 Prozent der Einnahmen durch den Verwaltungsaufwand aufgefressen – nicht zuletzt deshalb, weil die Berechnung der Anliegerkosten komplexe juristische Probleme aufwirft, die regelmäßig teure Rechtsstreitigkeiten zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund hat die UBT-Fraktion in der Ratssitzung am 4. Dezember eine Resolution zur Abschaffung der Anliegerkosten für den Straßenausbau eingebracht. Wir haben diesen Vorstoß auch deshalb unterstützt, weil die AfD-Fraktion im Landtag bereits im August 2018 die Kritik des Steuerzahlerbundes aufgegriffen und nach dem Vorbild Bayerns die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert hat. Für die Plenarsitzung im Januar 2019

hat die AfD zudem einen Gesetzentwurf eingebracht, der zum Ziel hat, die Bürger von dieser Abgabe zu befreien und die Finanzierung der Beiträge durch das Land sicher zu stellen. Leider wurde der Antrag der UBT von der Stadtratsmehrheit abgelehnt. Und das, obwohl sowohl CDU als auch FDP auf Landesebene die Abschaffung der Ausbaubeiträge ausdrücklich gefordert haben. Wie sie den betroffenen Bürgern eine solche unglaubliche Doppelstrategie vermitteln wollen, wird ihr Geheimnis bleiben.

Natürlich sehen wir durchaus das Problem, das durch die zunächst entstehenden Mindereinnahmen für den städtischen Haushalt entsteht. Und wir haben auch Verständnis dafür, dass der Städtetag lieber an der bisherigen Regelung festhalten will, weil er aufgrund seiner Erfahrungen mit dem Land fürchtet, dass die Kommunen letzten Endes zumindest auf einem Teil der Kosten sitzen bleiben werden. Insofern stimmen wir nur dann einer Abschaffung der Beiträge zu, wenn eine angemessene originäre Ausgleichszahlung seitens des Landes sicher gestellt ist. Unter dieser Prämisse jedoch befürworten wir im Sinne unserer Bürger die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und damit die Beendigung eines ineffizienten und letztlich ungerechten Erhebungsverfahrens, das die ohnehin schon stark belasteten Bürger mehr als notwendig schröpft.

## Pfandringe: Symptom für marodes Sozialsystem Nicht Almosen, sondern Gerechtigkeit!

Auf eine gemeinsame Anfrage von CDU und Grünen hin erklärte Baudezernent Ludwig in der Ratssitzung im März 2018, demnächst würden an mehreren Standorten in der Stadt Pfandringe an Müllbehältern montiert. Damit sollte Flaschensammlern das gefährliche und entwürdigende Flaschensuchen im Müll erspart werden.

Wir halten diese Idee grundsätzlich für begrüßenswert. Flaschen und Dosen bleiben so im Recyclingkreislauf und werden nicht mehr verbrannt. Der Entsorgungsaufwand für die Stadt verringert sich und eine ansonsten weggeworfene Flasche wird zum Geschenk für die, die es wirklich brauchen.

Gleichzeitig wirft ein solches Projekt jedoch ein trauriges Licht auf die sozialen Verhältnisse in unserem Land. Wie in Trier gibt es überall Menschen, die darauf angewiesen sind, sich mit dem Abfall anderer ein Zubrot zu verdienen. Dazu gehören nicht nur Sozialhilfe-Empfänger, sondern auch Kleinstrentner, die am Ende eines arbeitsreichen Le-

bens mit ihren kargen Einkünften nicht über die Runden kommen. So zählen Pfandringe mittlerweile ebenso zur „Armutskultur“ in Deutschland wie Lebensmittelspenden der Tafeln oder Hartz-IV-Kochbücher.

Für uns ist das ein sozialpolitischer Skandal. Pfandringe und Tafeln sind gut gemeinte Maßnahmen, um eine Not zu lindern, die es eigentlich gar nicht geben dürfte. Wenn immer mehr Alleinerziehende, Senioren und kinderreiche Familien kein angemessenes Auskommen mehr haben und deshalb Flaschenpfand oder Lebensmittelspenden brauchen, dann läuft etwas schief in unserem Staat. Verantwortlich dafür ist die Politik, die ihre Fürsorgepflicht gegenüber den eigenen Bürgern versäumt und die zudem mit der unkontrollierten Masseneinwanderung den Verteilungskampf um die vorhandenen Ressourcen verschärft. Nicht Almosen, sondern Gerechtigkeit heißt daher das Gebot der Stunde!



## Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel!



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrter Stadtvorstand, meine Damen und Herren, Sie alle kennen die tragische Figur des Sisyphus. Dieser kluge und verschlagene König von Korinth wurde von den Göttern für den frevelhaften Versuch bestraft, den Tod zu überlisten und den Zustrom zum Hades zu sperren. Seitdem ist er in der Unterwelt auf ewig gezwungen, einen Felsblock einen Berg hinaufzuwälzen, der dann kurz vor dem Gipfel doch wieder ins Tal hinunterrollt. So wurde die Sisyphusarbeit bis heute zum geflügelten Wort für eine schwere, aber ertraglose Anstrengung ohne Aussicht auf ein glückliches Ende.

Dieser antike Mythos kam mir in den Sinn, als ich mich in den vergangenen Wochen mit dem Haushalt der Stadt Trier beschäftigt habe. Nicht dass ich unseren Oberbürgermeister für verschlagen oder frevelhaft hielte. Nein, es war vielmehr der Zweifel am Gelingen seines stetigen Bemühens, die Finanzen unserer Stadt aus dem tiefen Tal heraus auf den von einer schwarzen Null gekrönten Gipfel zu führen.

Auch in den beiden kommenden Jahren wird es keinen ausgeglichenen Haushalt geben. Im Gegenteil: Trotz erhöhter Einnahmen und gestiegener Zuweisungen vom Land ist von einem Fehlbetrag von fast 50 Millionen Euro auszugehen, wird das Kreditvolumen der Stadt um weitere 100 Millionen auf dann 975 Millionen anwachsen und das Eigenkapital einen neuen Negativrekord von minus 112 Millionen erreichen. Und das alles in einer Zeit sprudelnder Steuereinnahmen, niedrigster Zinsen und einer außerordentlich guten Konjunktur. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir eine wirkliche Haushaltskonsolidierung schaffen?

Die Haushaltszahlen zeigen es sehr eindeutig: Wir haben kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Die grundsätzlich erfreuliche Entwicklung im freiwilligen Leistungsbereich geht nahezu ausschließlich auf eine Erhöhung der Einnahmen zurück. So sind die Gewerbesteuererinnahmen von 2013 bis 2018 um 23% gestiegen, das Grundsteueraufkommen ist in diesem Zeitraum um 12% gewachsen. Werden die im Haushalt vorgesehenen Anpassungen realisiert, dann steigen die Erträge aus Steuern und Abgaben von 2013 bis 2020 um 36%. Die Lohn- und

Gehaltsentwicklung bei unseren Steuerzahlern hält damit nicht annähernd Schritt. Wir lehnen die geplanten Steuererhöhungen daher ab. Es kann nicht sein, dass die Politik die Bürger von Jahr zu Jahr immer stärker zur Kasse bittet, anstatt ihre Hausaufgaben zu machen.

Den deutlichen Anstieg der Investitionen begrüßen wir sehr. Insbesondere die endlich auf den Weg gebrachte Sanierung der kommunalen Wohnungen stellt eine längst überfällige Maßnahme dar. Leider hat erst die Migrationswelle der letzten Jahre und die Sorge um den sozialen Frieden zu diesem Umdenken geführt. Die zum Teil menschenunwürdige Unterbringung unserer eigenen Bürger war dagegen lange Zeit nicht Grund genug, hier Abhilfe zu schaffen – in jeder Hinsicht ein Armutszeugnis für unsere Stadt!

Ausgesprochen kritisch sehen wir die im Haushalt eingestellten Gelder für das Entwicklungsgebiet Brubach. Angesichts der eingereichten Klagen warnen wir eindringlich davor, schon jetzt über 700.000 Euro hier zu investieren. Das damit verbundene Risiko könnte uns teuer zu stehen kommen. Aber offensichtlich hat die Ratsmehrheit aus den Erfahrungen beim Theater nichts gelernt – mit uns dagegen ist eine solche verantwortungslose Politik auch diesmal nicht zu machen.

Gleiches gilt für die anstehenden Entscheidungen zum Theater. Die in der Öffentlichkeit genannte Zahl von 49 Millionen Euro für die Theatersanierung halten wir für unseriös. Wenn wir die verschiedenen noch nicht eingepreisten Ausgaben hinzurechnen, landen wir bei 70 Millionen plus x. Eine solche Ausgabe werden wir definitiv nicht mittragen. Stattdessen erneuern wir unsere Forderung nach strukturellen Veränderungen, um den Bestand des Theaters nachhaltig und mit der erforderlichen Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern.

Insgesamt reichen die Konsolidierungsbemühungen der Stadt nicht aus. Zudem werden sie auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen und in vielen Bereichen werden falsche Prioritäten gesetzt. Vor allem aber belasten wir unsere Kinder und Enkel in unverantwortlicher Weise mit weiteren Schulden. Die AfD-Fraktion lehnt den Haushalt daher ab.

## AfD-Fraktion erreicht Zuschuss für Seniorenbüro

Im August 2018 bat das Seniorenbüro in einem Schreiben an Bürgermeisterin und Sozialdezernentin Garbes um eine Erhöhung des jährlichen Betriebskostenzuschusses um 5000 Euro. Dies, so die beiden Vorsitzenden des Büros, sei notwendig, um dessen vielfältige ehrenamtliche Aktivitäten für die älteren Mitbürger unserer Stadt auch weiterhin zu ermöglichen. Eine nachvollziehbare und angesichts der mehr als 24.000 Senioren in unserer Stadt sogar ausgesprochen bescheidene Bitte. Denn während beispielsweise das Jugendzentrum Exzellenzhaus allein im Jahr 2018 mit über 400.000 Euro gefördert wurde, erhielt das Seniorenbüro lediglich einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 44.000 Euro – also gerade einmal ein gutes Zehntel davon.

Dass diese Bitte von der Stadt rundweg abgelehnt wurde, ist beschämend. Wie kann es sein, dass ältere Menschen, die mit ihrer Arbeitskraft und ihrem Engagement unsere Stadt zu dem gemacht haben, was sie heute erfahren? Almosen für die Alten, na-

hezu unbegrenzte Mittel für andere: das scheint die Devise der Trierer Kommunalpolitik zu sein. Wir haben daraufhin im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Jahre 2019/2020 den Antrag gestellt, den städtischen Zuschuss für das Seniorenbüro um den gewünschten Betrag zu erhöhen. Und wir haben beantragt, das gesamte Erdgeschoss des „Haus Franziskus“ dem Verein zur Verfügung zu stellen, weil auch die räumlichen Bedingungen für die dort stattfindenden Veranstaltungen und Aktivitäten zur Zeit außerordentlich beengt sind.

Leider stießen wir bei den anderen Fraktionen mit unserer Initiative nur zum Teil auf Zustimmung. Hinsichtlich der notwendigen Räumlichkeiten sollen die seit zwei Jahren (!) laufenden Gespräche zunächst einmal weitergeführt werden. Zudem soll die gewünschte Zuschusserhöhung zwar befristet gewährt, aber nur projektbezogen ausgezahlt werden. Damit konnten wir immerhin einen Teilerfolg für das Seniorenbüro erringen.

Die AfD-Fraktion wird sich auch in Zukunft mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Stadt die vielfältigen ehren-

amtlichen Aktivitäten des Büros zum Wohle unserer älteren Menschen mehr fördert als bisher. Nachdem in den vergangenen Jahren in dieser Sache sehr viel geredet, aber wenig getan worden ist, müssen den schönen Worten jetzt endlich Taten folgen. Das gebietet nicht nur die notwendige Wertschätzung für unsere Senioren und die in der Seniorenarbeit engagierten Bürger, sondern auch die ökonomische Vernunft. Gerade angesichts der demographischen Entwicklung und der Vereinsamung vieler älterer Menschen ist ein solches Angebot außerordentlich wichtig und von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Die hier von Ehrenamtlichen geleistete Arbeit ist unverzichtbar. Sie durch hauptamtliche, von der Stadt bezahlte Kräfte zu ersetzen, würde zu ungleich höheren, ja unbezahlbaren Aufwendungen führen. Eine stärkere subsidiäre Unterstützung des Seniorenbüros sowohl in finanzieller als auch in räumlicher Hinsicht liegt daher im Interesse aller Beteiligten.

## Grüne kündigen demokratischen Grundkonsens auf Zerstörung politischer Kultur

**Lebendiger Diskurs und Austausch unterschiedlicher Meinungen sind das Herzstück jeder Demokratie. Deshalb ist es gut, dass die Stadt Trier den Ratsfraktionen die Gelegenheit gibt, in der Rathauszeitung ihre Arbeit öffentlich zu präsentieren.**

Wir als AfD-Fraktion haben uns in der Vergangenheit nicht nur um eine lösungsorientierte und bürgernahe Kommunalpolitik bemüht, sondern auch versucht, diese dort sachlich und seriös darzustellen. Dabei ging es uns durchaus um eine inhaltliche Abgrenzung zu anderen Positionen, aber niemals um eine Diffamierung oder gar Beschimpfung des politischen Gegners. Denn gerade in der Kommunalpolitik sollte das gemeinsame Ringen um die besten Lösungen zum Wohle unserer Stadt im Vordergrund stehen.

Leider hat sich die Grüne Fraktion von diesem demokratischen Grundkonsens verabschiedet. Nachdem ihr Mitglied Leuckefeld bereits in der vergangenen Ratssitzung den Antrag der AfD auf Anschaffung von lebensretten-

den Defibrillatoren unter den Verdacht der Heuchelei gestellt hatte, wurde dieser ungeheuerliche Vorwurf auch in der Rathauszeitung von ihm erneuert. Damit spricht er uns als gewählten Ratsmitgliedern persönliche Redlichkeit und Integrität ab und dies offensichtlich mit der Billigung seiner Fraktion.

Ein solches Verhalten vergiftet in unerträglicher Weise das politische Klima und stellt die Existenzberechtigung einer demokratisch legitimierten Fraktion grundsätzlich in Frage. Denn wenn jeder von uns vorgebrachte Antrag unter Täuschungsverdacht gestellt und deshalb abgelehnt würde, dann wäre unsere weitere Mitarbeit im Rat obsolet. So praktizieren ausgerechnet diejenigen, die permanent zu Toleranz und Verteidigung der Demokratie aufrufen, Intoleranz und undemokratisches Gebaren gegenüber Andersdenkenden und zerstören damit die politische Kultur in unserer Stadt.